

Aachen, den 2. November 2018

## **PRESSEMITTEILUNG Elternbeitragsatzung für Kitas sozialer gestalten!**

Die Linksfraktion im Städteregionstag fordert, die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten gerechter auszugestalten. Zur Sitzung des Städteregionstages am 13. Dezember hat die Fraktion dazu einen Antrag vorgelegt. „Konzepte zur Senkung der KiTa-Beiträge für niedrige bis durchschnittliche Einkommen sind eine gute Möglichkeit für Kommunen, eine finanzielle Entlastung für junge Familien zu erreichen und dabei insbesondere den sozialen Aspekt in den Vordergrund zu stellen“, betont der Fraktionsvorsitzende Uwe F. Lühr.

Langfristig strebt DIE LINKE beitragsfreie Kinderbetreuung an. Aber weil die Steuerreformen vergangener Jahrzehnte die Haushalte der Kommunen belastet und die Taschen der Besserverdienenden gefüllt hätten, würden die Beiträge derzeit noch benötigt, um eine qualitativ hochwertige Betreuung anbieten zu können. „Solange es aber Beiträge gibt, müssen sie unbedingt so sozial gerecht wie möglich ausgestaltet werden“, merkt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Marika Jungblut an. „Es kann doch nicht sein, dass bereits ab einem jährlichen Einkommen oberhalb von 12.271€ eine Beitragspflicht entsteht, wie es derzeit der Fall ist“, kritisiert Dirk Makowski, der linke Vertreter im Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Gering- und durchschnittsverdienende Eltern würden durch die derzeitige Satzung gemessen an ihrem Einkommen stärker belastet als Besserverdienende. Dabei sollten finanziell starke Schultern mehr Lasten tragen.

Zudem seien die Zahlen der gültigen Beitragsatzung veraltet, die aus dem Jahr 2009 stammten. „Deswegen sieht unser Antrag vor, dass Beitragsstufen und Bemessungsgrenzen künftig regelmäßig an die Einkommensentwicklung angepasst werden sollen“, erklärt der finanzpolitische Sprecher Harald Siepmann. Man erhoffe sich auch eine gewisse Signalwirkung, wenn die Städteregion dem Antrag der LINKEN folge: „Wir setzen auf eine Vorbildfunktion für die regionsangehörigen Kommunen. Es gibt überall noch Luft nach oben, dem Beispiel anderer Städte, Gemeinden und Landkreise in Nordrhein-Westfalen zu folgen, die ihre Kita-Beiträge merklich sozialer gestaffelt haben, als es hier vor Ort der Fall ist“.